zur Finanzierung, also jeder gibt ungefähr 100,– DM noch rein, von seinem eigenen Einkommen, so vorhanden. Wir haben es zwar geschafft, auch ohne ABM-Stellen und ohne Außenfinanzierung, das Projekt Umweltbibliothek aufrechtzuerhalten, aber auch jetzt, nachdem seit 1. Juli ABM-Stellen vom Arbeitsamt bewilligt wurden, ergeben sich neue Schwierigkeiten. Wir haben z. B. keine Zahlungen erhalten seit dem 1. Juli, aber das Problem betrifft auch verschiedene andere Träger. Das ist also ein spezielles Berliner Problem dort. Und es kommt dann dazu, nebenbei ergibt sich der Effekt, daß auch einige unserer Mitglieder ausschließlich mit bürokratischen Verwaltungsaufgaben beschäftigt sind und damit zumindest zeitweise der inhaltlichen Projektarbeit verlorengehen.

Unser Problem ist wie bei den anderen, daß eine Minimalfinanzierung nur eben reicht, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Eine ganze Menge mehr wäre möglich. Neue Bücher müßten gekauft werden, Materialen, Arbeitsgeräte usw. Eigentlich könnte auch unser Projekt nur durch eine rege Finanzierung überleben. Das wäre hier auch unser wichtigstes Anliegen, da nachzufragen, wie kann die Enquete-Kommission das anschieben oder direkt tragen, wie auch immer.

Da kam etwas vom Dachverband. Das würde uns nicht so gefallen. Ich finde es ganz wichtig, daß die Autonomie der Projekte erhalten bleibt. Eine Zusammenarbeit gibt es. Mit Bürgerkomitees treffen wir uns, und natürlich müssen wir uns abstimmen, daß wir kompatible Datenbanksysteme verwenden. Daß vielleicht auch bei uns drin steht, gut, die und die Bücher stehen in Magdeburg, wenn ein Benutzer kommt, daß man da auch verweisen kann. Das wäre der Idealzustand, aber dazu braucht es Gelder, braucht es auch Qualifizierungsmöglichkeiten.Wir haben das ja alle uns selber irgendwie angeeignet. Die anderen hier auch alle, die hier sitzen.

Unabhängiger Verein zur historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, Herr Schlanert: Mein Name ist Schlanert. Ich gehöre diesem Verein an. Der Verein hat seinen Sitz in Rostock. Ich bedanke mich, daß ich hier unsere Initiative heute kurz vortragen kann. Viele Dinge sind bereits gesagt, daher möchte ich gleich überleiten in die Schwerpunkte dieses Vereins. Der Verein hat sich zum Ziel genommen, die Berufsverbotspraxis an dem Bereich „Flotte“ in Rostock zu verfolgen. So ein Verein wächst ja mit denen, die ihn gründen, und daher werden auch die Themen bestimmt. Das zweite ist Enteignung, Zwangsverkäufe und die ganzen Grauzonen davor und danach. So gehöre ich z. B. selbst dazu; die Aktion „Rose“ zählt zu meinem Familienschicksal. Soweit ich inzwischen erfahren habe, hat es einen Modellfall vorweg gegeben, der hieß Aktion „Oberhof“. Daraus habe ich Kontakte entwickelt zu anderen, die scheinbar ähnliche Dinge erlitten, die man vorher nicht kannte. Dann werden weiterhin als dritter

Schwerpunkt politisch verursachte Strafurteile jeder Art, Verwaltungsunrecht usw. angesehen.

Von dem Verein ist zu sagen, er ist noch gar nicht richtig im Gang, und schon hat er sehr viele Turbulenzen erlebt und scheinbar auch ausgelöst. Und die ersten Erfahrungen sind: Anerkennung der Gemeinnützigkeit behindert, erst nach redaktionellen Änderungen an der Satzung wurde sie gewährt. Jetzt zur Zeit ist die Situation, es sind viele Ratsuchende. Es ist weder ABM noch irgend etwas anderes. Es läuft alles im privaten, im ehrenamtlichen Bereich, weil nun gehört wird, da ist so ein Verein, der kümmert sich um das, was mir auch so ergangen ist. Also, schon die erste Situation: Arbeitsüberlastung. ABM-Anträge sind abgelehnt. Die Begründung ist fadenscheinig. Aber hier scheint irgendwo doch etwas zu sein, was sich immer wieder wiederholt und daraus ergibt sich, daß Geldmittel, Finanzierungsmöglichkeiten sehr, sehr dünn sind.

Wenn wir die Projekte, die beabsichtigt, aber noch nicht finanziert werden können, mal kurz vorstellen. Informationsveranstaltung Berufsverbotopfer; Vereinsmitglieder und Gäste stellen sich vor, und die Leute, die Hilfe gesucht haben, nehmen daran teil. Es ist auch festzustellen, daß viele bei der eigenen Betroffenheit immer wieder gucken, wem kann ich vertrauen, mit wem kann ich ein Gespräch anfangen. Wenn da eine Zielperson ausgemacht ist, dann wird an Behörden vorbei und an anderen Institutionen vorbei gesagt, dem kann ich das mal erzählen, und ob ich das dann hinterher, nachdem ich mit dem gesprochen habe, für einen anderen offiziell zugänglich mache, ist dann der zweite Fall. Also soll diese Veranstaltung dann dazu dienen, daß man erst mal die gemeinsame Betroffenheit feststellt, auch anderen die Informationen gibt. Als Vortragsort ist Rostock gewählt worden, da es hier, insbesondere bei den Schiffahrtsbetrieben der ehemaligen DDR, eine ganz große Anzahl von Berufsverboten gegeben hat. Im Kontakt mit der N3-Journalistin Christine Bielenstein (phon) sind auch Gespräche geführt worden, wieweit Leute, die bei uns als Mitglieder oder viel mehr als Anfrager und als vertraute Informanten gesprochen haben, bereit sind, damit vor die Kamera zu gehen. Dabei war festzustellen, um die Sendung zu erreichen, die eigentlich eine gute Darstellung schon geworden ist, hat man vielleicht 100 Leute, die irgendwo etwas berichten, aber zwei, die sich vor die Kamera trauen, der Rest hat irgendwo Angst, daß ihm etwas, was er dort sagt, zum Nachteil für seine berufliche Zukunft oder für andere Dinge gereichen könnte. Das ist eine ganz typische Situation.

Die Aktion „Rose“ ist dann der zweite Bereich. Ich persönlich bin geboren auf der Insel Rügen. Mein Vater hat die Situation eines Kleinunternehmers gehabt, als diese Aktion ablief. Vom Herkommen an sich nicht aus großvermögenden Kreisen, hatte er es durch seinen Fleiß geschafft, einen kleinen Betrieb aufzubauen und war schon seit ’50 etwa ständig den Attacken der Behörden,

auch der neuen Verwaltung ausgesetzt. Am Tag vor seiner Verhaftung wurde ihm dann recht glaubwürdig versichert, diesmal ist es kein Spiel, diesmal nehmen sie dich wirklich mit, und er konnte dann noch in der Nacht vor der Verhaftung mit uns in den Westen gehen. Das führt dazu, daß z. B. heute ein Vermögensamt argumentiert, na ja, er ist ja nicht verhaftet worden, es ist ihm ja gut gegangen, das ist kein Fall Aktion „Rose“. Also, Wiedergutmachung und solche Dinge hinten weg.

Das könnte man vielleicht noch verstehen, wenn man dann an den Ort zurückkehrt und die anderen Fälle sieht, wo Menschen der Verhaftung nicht entgangen sind. Da ist eine Frau zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil sie ihre Hühner mit normalem Getreide gefüttert hat und nicht mit Ersatzfutter. Nun kommt der Erbe und fragt die Treuhand, ob er nicht wenigstens, wenn er es schon nicht offiziell zurückbekommt, sein Objekt kaufen kann, daß er einen Vorrang bekommt. Es wird überhaupt keine Rücksicht genommen. Das Ding wird anderweitig verkauft.

Was weiterhin in dem Film von N 3 und auch für uns als Betroffene sehr merkwürdig ist, ist die Verwaltung der Akten in der Gauckbehörde Rostock. Ich persönlich habe im Verein mal die Frage gestellt, wo sind denn eigentlich die Akten geblieben, die damals von den Bürgern beschlagnahmt wurden? Wo kann man die mal einsehen? Ich habe auch persönliches Interesse. Ratlosigkeit herrscht. Man weiß nicht, wo sie abgeblieben sind, denn sie sind penibel genau zusammengefaßt worden, irgendwo abgegeben worden, aber mir kann keiner beantworten, wo die Akten heute sind. Auch Merkwürdigkeiten. Vielleicht woanders oder vielleicht konzentriert im Raum Rostock. Ich kann es nicht sagen. Das Projekt, was von uns beabsichtigt wird, Archiveinsicht in die Akten, Rostock Kreis- und Bezirksarchiv usw. Da sind viele Fehler, Einzelaktivitäten gebremst worden. Daß wir das also auch mit Honorarkraft und ABM gerne ein bißchen gezielter angehen wollen, um an die Dinge heranzukommen, die uns heute verschlossen sind.

Dann ist beabsichtigt, eine Informationsveranstaltung für Roseopfer und für diejenigen, die im Umfeld dieser Aktion ja nicht direkt Betroffene sind, z. B. die, die nicht verhaftet wurden, die also nicht direkt zu diesem Kreis Rose gehören. Das genügt ja nicht, das so scharf abzugrenzen. Da sind Menschen dort im Lande geblieben, eine Frau wird krank, ständig kommt der Sozialpfleger, und es kommen Leute mit und zwingen diese alte Frau zum Verkauf. In diesen Akten ist dann auch der Name Schnur zu lesen, soweit ich mir von der Familie habe sagen lassen. Wenn man da forschen will und mit den Leuten irgendwo weiterkommen will, es ist nicht zu schaffen, die Ämter vor Ort reagieren nicht. Man kann also dann nur hören, es ist eine Folgefirma von Kunsthandel Berlin, die das Eigentum erworben hat und die sich auch sehr geschickt jetzt wehrt, daß nun ein Bescheid, der zugunsten dieser Erbin aus dem Zwangsverkauf entschieden worden ist, angefochten wird. Sie kriegt

weder rechtliche Hilfe, sie kriegt weder Beistand, niemand rät ihr, keiner sagt ihr, wie sie sich verhalten soll.

Um noch mal klar zu stellen, das ist dann wiederum nicht mit Republikflucht oder ähnlichem begründet, denn das sind Menschen, die hier geblieben sind und die solche Dinge auch noch erleben. Dann gibt es Fälle, wo LPG-Eigentum ganz seltsam bei der Treuhand behandelt wird. Jemand, der bis zum Schluß ausgeharrt hat, auch noch als Rentner seine Mitgliedschaft gehabt hat, 10 Hektar. Irgendwann hört man so nebenbei, daß die Treuhand das verkauft hat an einen Mann, der in Mannheim einen großen Mercedesbetrieb betreibt. Er kommt dann großzügig und sagt, Sie dürfen noch erst mal wohnen bleiben.

Ich habe die Dinge also so angerissen. Sie sind auch nicht komplett und vollständig. Sie müssen nachgearbeitet werden, aber hierin steckt viel. Es ist viel zu tun, um das, was wir eigentlich im Verein uns vorweg als Ziel gesetzt haben, nicht nur historisch aufzuarbeiten, das wird sicher in breiter Ebene da herauskommen, sondern denen, die heute noch an Unrechtsfolgen oder an neu entstehendem Unrecht leiden, auch zu helfen. Man kann vieles, vieles sicher nicht mehr zurückdrehen, aber die Dinge, die heute verfestigt, bestätigt oder jetzt erst vollzogen werden, denen sollte man doch irgendwo einen Riegel vorschieben. Ich hoffe, es gelingt uns.

Ich würde mich freuen, wenn dieser Beitrag heute dazu hilft, daß wir in Bonn auch mal mit den praktischen Schwierigkeiten vor Ort erkannt werden. Da wird ein Eigentumsgesetz gemacht, da wird ein § 6 a gemacht. Das ist meine persönliche Geschichte, die ich also wirklich jetzt eidesfähig zitieren kann, da wird dann anschließend nach 6 a verfügt. Der Betrieb ist so, wie er steht und liegt, mit allem, was da drauf ist, mit Mitarbeitern, mit Kundschaft und allem zurückzugeben. Man hat scheinbar 14 Tage vorher schon gewußt, daß das entschieden wird. Die VEB-Muttergesellschaft, die diesen Betrieb meines Vaters ja irgendwann mal vereinnahmt hat, arbeitet vor. Sie entkleidet ihn sämtlicher Kunden, sämtlicher Mitarbeiter und läßt eine Hülle zurück, ein Grundstück mit sanierungsnotwendigen Gebäuden. Nur die Last, der Rest ist weg. Ich frage dann nach, was zu tun ist, um das noch in dieser Phase des Geschehens zu reparieren. Lande beim Ministerialrat Biener (phon.) und kriege dort Auskünfte, die durchaus bei gutwilligen Behörden hätten zu Nachbesserungen führen können, und stelle fest, daß ein Landesamt dort einfach die Schultern zuckt. Ich bin kein Jurist. Ich frage, warum können Sie da nicht mal miteinander telefonieren? Das hört sich doch hoffnungsvoll an. Nein, das ist nicht unsere Aufgabe. Wir haben anderes zu tun. Ich habe das mit Entsetzen zur Kenntnis nehmen müssen, und da, aus dieser Sucherei, wo kann ich Hilfe bekommen, bin ich eigentlich in den Verein geraten und habe festgestellt, daß sie gesagt haben, Sie sind ja bisher am weitesten gekommen, Sie sind scheinbar einer

der Zähesten. Wollen Sie bei uns nicht an vorderer Stelle mitmachen? Ich hatte mich eigentlich nicht berufen gefühlt, hier vorne zu sitzen. Dann höre ich in diesem Verein von einer Frau, die eine Zuchthausstrafe bekommen hat. Sie hat in Gralenmüritz eine Pension und ist dann verurteilt worden, und dieses Urteil ist jetzt durch Kassation aufgehoben worden. Eigentlich heißt das sofortige Rückgabe aller Eigentumsgeschichten. Im Landesamt für Vermögensfragen in Greifswald kriegt sie dumme Antworten, und sie hat sehr große Schwierigkeiten, überhaupt das, was ihr zugesagt ist, auch durchzusetzen.

Und das sind eigentlich nur die Dinge von resoluten Leuten, die nicht so leicht aufgeben. Von denen, die im Vorfeld schon die Segel gestrichen haben, kann ich nicht berichten, weil ich sie wahrscheinlich nicht kennengelernt habe. Zu diesen Bündeln der Anfrager, irgendwo an zentralen Stellen, und zum Vereinigen dieser Initiativen möchte ich sagen, alle Betroffenen haben irgendwo ein persönliches Schicksal, und sie gehen nicht in irgendeine anonyme Stube. Sie suchen sich jemanden aus, dem sie vertrauen, und hängen sich quasi an und sagen: Bitte, was kann ich tun, Ratgeber? Und so bin ich auch in diese Ratgeberrolle im Dorfe Breege auf Rügen gerückt, obwohl ich mich da nicht drum gedrängt habe, aber die Fälle, die ich jetzt heute aus persönlichem Erzählen kenne und die alle noch weiterführendes Unrecht oder neu entstehendes Unrecht bedeuten, muß ich mit 10 bis 20 etwa beziffern. In einem Dorf, das noch nicht mal 1000 Einwohner hat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ja, herzlichen Dank, immer wieder auch da, wo es biographischen Stoff gibt. Wenn ich es richtig sehe, haben sich, bis auf zwei, die sich nicht gemeldet haben, in dieser Gruppe alle vorstellen können. Mein Vorschlag wäre, daß wir ein bißchen von den 2 Stunden sogenannter Pause knappsen, damit wir zumindest die Fragen noch stellen können. Mir liegen zwei Meldungen bisher vor. Ich bitte die Fragenden, ihre Fragen ganz kurz zu machen. Da sind inzwischen vier.

Abg. Frhr.von Schorlemer(CDU/CSU): Ich habe eine kurze Frage, und zwar an die Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität. Ich möchte ganz gerne von Ihnen, auch Ihrer praktischen Arbeit hören, wie gerade Sie bei der Diskussion um den inzwischen ausgeschiedenen Rektor Fink agiert haben?

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Dieselbe Frage wollte ich auch stellen.

Abg. Frau v. Renesse (SPD): Ich habe eine Frage an die Rehabilitationsgruppe, also Fernsehen/Funk. Ist wegen der Finanzierung gerade Ihres Projekts auch einmal die Gemeinschaft der Rundfunkanstalten angegangen worden, ARD, ZDF? Es könnte ja gerade im Vergleich mit der Rundfunkgeschichte im Westen ein sehr interessantes Projekt sein, das auch den Westen interessiert.

Abg. Hilsberg (SPD): Ich habe Fragen an die Projektgruppe zur Aufarbeitung